

Zuger Gemeinde mit gutem Beispiel voran:

Eine indirekte Steuer abgeschafft!

Die meisten Schweizer Stromkonsumenten, ob Firmen oder Private – zahlen tatsächlich versteckte Steuern, die nicht ausgewiesen sind. Mit der Stromrechnung zahlt der Verbraucher – ohne dass er es merkt – auch Konzessionsgebühren, die der Stromlieferant vollumfänglich der entsprechenden Gemeinde abzuliefern hat. Und das sind oft Beträge in Millionenhöhe. Nicht zuletzt im Hinblick auf eine Strommarkt-Liberalisierung besteht hier Handlungsbedarf.

Mindestens müssten Gemeinwesen solche indirekten Steuern überhaupt als solche klar ausweisen, um allen Stimmbürgern Transparenz und damit die Möglichkeit zur Stellungnahme zu geben. Noch besser: Konzessionsgebühren abschaffen; für Firmen und Private! Das hilft Unternehmen, zum Beispiel bei der Arbeitsplatzerhaltung, und entlastet manchen Haushalt.

Baar mit gutem Beispiel voraus

Auch im zugerischen Baar war eine solche Konzessionsgebühr bis anhin Bestandteil jeder Stromrechnung; Anteil 9,1 Prozent. Diese Steuer brachte der Gemeinde in den letzten Jahren zwischen 1,6 und 1,8 Millionen Franken ein. Das sind im «Fall Baar» immerhin etwa drei Steuerprozent. Die Baarer Stimmbürger erhoben den Antrag ihres

Gemeinderates, künftig auf die Abgabe solcher Gebühren auf Strom-, Gas- und Wasserlieferungen bei Privaten und Firmen zu verzichten, zum Beschluss. Das bedeutet Mindereinnahmen der Gemeinde von derzeit 1,8 Millionen Franken im Jahr. Doch es gibt auch positive Seiten: Ohne Umverteilungsbürokratie gibt's «Rabatt» für alle und was genauso wichtig ist; einen weiteren, fairen Standortvorteil.

Die LEGO als Auslöser

Besonders das LEGO-Mutterhaus in Dänemark spürt den in der Schweiz europaweit höchsten Strompreis. Die in Baar ansässige Firma schlug darum dem Gemeinderat vor, auf diese Konzessionsgebühren teilweise oder gar ganz zu verzichten. Diesen Gedanken hat der Rat positiv aufgenommen, ja er kam zur Auffassung, dass man mit diesem Verzicht nicht nur eine einzelne (wenn auch die energieintensivste) Firma entlasten, sondern alle Baarer Haushalte mit diesem «Rabatt» begünstigen könnte. Das ist in diesen Tagen geschehen. Hoffentlich macht das Beispiel Schule, getreu dem AVES-Motto: Transparenz, ja Abbau bei solchen Steuern, und schon gar nicht Ausbau derselben. ■

AVES St. Gallen:

Mario David ist neuer Präsident

Ab Januar 2000 präsidiert der in Engelburg SG wohnhafte Mario David die AVES St. Gallen. Der neue Präsident dieser für die AVES Schweiz wichtigen Regionalgruppe engagiert sich in Beruf und Freizeit für vernünftige Energie- und Umweltpolitik:

Als Direktionsassistent der St. Gallisch-Appenzellischen Kraftwerke AG, dann aber auch in der Ressortkommission «Politik» beim Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke VSE, Zürich, als Lehrbeauftragter für Energietechnik an der Fachhochschule St. Gallen.

Verunglückte Energiepolitik, weil zuviel geladen und am falschen Ort gebremst!

Die Strommarktöffnung in Europa ist bekanntlich in vollem Gange, in der Schweiz jedoch harzt es gewaltig. Eine Mehrheit der nationalrätlichen Energiekommission beantragt gar, dass das Energiemarktöffnungsgesetz (EMG) erst dann umgesetzt werden soll, wenn wir Schweizer die geplanten Energie-Förderabgaben gutgeheissen haben. Auf dasselbe Bremspedal treten bekannte Lobbyisten aus den Bergkantonen, zusammen mit Grünen, Sozialdemokraten und leider auch einigen Bürgerlichen. Sie wollen die Marktöffnung nur zulassen mit «flankierenden Massnahmen» zu ihren Gunsten. Doch was macht das «Fresspaket Energieabgaben» für diese Allianz so begehrt? Erneuerbare Energien sollen gefördert, Lohnnebenkosten gesenkt und nicht amortisierbare Investitionen (NAI) von Wasserkraftanlagen abgegolten werden. Die Probleme der NAIs sollen gar aus dem EMG herausgelöst und ins bereits zu volle Förderabgabe-Paket gestopft werden; ein gefährliches Spiel, bei dem nicht zuletzt gewaltige Subventionsträume geweckt werden. NAIs gehören nun wirklich ins EMG, weil ja dieses unsere Kraftwerke in Nöte bringt.

Darum Forderung Nummer 1: NAI-Problematik im Zusammenhang mit dem EMG behandeln. Dieses Gesetz darf nicht weiter verschleppt werden. Die Marktöffnung findet bereits statt, aber die Politik, die die Spielregeln klar und realistisch setzen müsste, hinkt hintendrin. Die schrittweise Öffnung des Marktes muss rasch und vor allem losgelöst vom Energieabgabe-Streit vorangetrieben werden!

Forderung Nummer 2: Die «Solar-Initiative», aber auch der

Gegenvorschlag in Form einer Förderabgabe, sind abzulehnen. Beide würden, statt zugunsten der Umwelt zu lenken, eine gewaltige Umverteilung im Interesse weniger auslösen; einen Subventionsregen für meist nicht marktfähige Technologien.

Forderung Nummer 3: Auch die extreme «Energie-Umwelt-Initiative» muss abgelehnt werden. Das gilt auch für den Gegenvorschlag, die sogenannte «Grundnorm». Obwohl die Versuchung besteht, dieser – als Basis für eine ökologische Steuerreform – Sympathien entgegenzubringen. Doch minimalste Bedingung wäre die Besteuerung aller Energieträger. Aber auch die gleichzeitige Besteuerung von Produktion und Konsum ist unlogisch, verteuert Energie extrem und am falschen Ort. Täglich erfahren wir ja, wie wichtig es ist, dass unsere Unternehmungen konkurrenzfähig werden und bleiben. Falsche Steuern aber schaden unserer Wirtschaft, indem sie unseren Export verteuern und den Import indirekt begünstigen. Unsinnig!

Forderung Nummer 4: Die Besteuerung von Energie darf nicht dazu da sein, staatliche Milliarden-Subventionen auszulösen für Technologien, die heute schon als falsch erkannt werden. Eine realistische «Verteuerung» der Energie könnte also höchstens eine staatsquotenneutrale Lenkungsabgabe der Verursacher sein. Zu einer solchen Diskussion hat die AVES schon immer Hand geboten. Doch vorerst lehnen wir die neuen Steuern klar ab und fordern ein Elektrizitäts-Markt-Gesetz, das diesen Namen verdient. Gute Gründe, um dran zu bleiben!

Bruno Fäh

Energie- und Umweltpolitik mit Eigenverantwortung



Herr David, mit Ihrem beruflichen Hintergrund sind Sie geradezu prädestiniert für das Amt des AVES-Präsidenten. Welches ist Ihre politische Motivation?

Ich kandidiere im Bezirk Gossau SG unter der CVP-Flagge für den St. Galler Kantonsrat. Neben der solidarischen und qualitativ hochstehenden Grundversorgung in allen Bereichen will ich mich für die Qualitätssicherung in der Aus- und Weiterbildung einsetzen. Selbstverständlich werde ich mich auch in der Energiepolitik bemerkbar machen (die Katze lässt das Mäusen nicht). Ziel ist eine vernünftige Energiepolitik auf allen Stufen. Interventionistische und marktverzerrende Massnahmen haben in einer zeitgemässen, liberalen Energiegesetzgebung keinen Platz.

Im Herbst 2000 stimmen wir über zwei Initiativen samt Gegenvorschlag ab. Alle vier Vorlagen sehen Abgaben auf nicht erneuerbare Energieträger vor. Wie wird Mario David stimmen?

Vier mal NEIN, drei davon werden gross und fett geschrieben. Die Verknüpfung der Energieabgabe mit dem Elektrizitätsmarktgesetz (EMG) ist ein fragwürdiges Druckmittel von Subventions-Trittbrettfahrern. Das kleinere «Nein» gilt der sogenannten Grundnorm, welche zwar auf eine gewisse politische Akzeptanz stösst, in systematischer Hinsicht jedoch noch nicht zu überzeugen vermag.

... obwohl auch die Wasserkraftwerke von solchen Abgaben profitieren könnten?

Sie denken sicher an die nicht kurzfristig amortisierbaren Investitionen (NAI). Diese fallen bekanntlich nicht nur bei der Wasserkraft an. Genau genommen hat jedes Kraftwerk Probleme mit der Defianzierung, wenn es keine volle Kostendeckung mehr erzielen kann. NAI-Entschädigungen aus den Energieabgaben

kombiniert mit den kürzlich erhöhten «Wasserzinsen» erfüllen den Subventions-Tatbestand. Das Verhalten der Alu-Industrie im Wallis ist zwar recht «unfreundlich», zeigt jedoch deutlich die Grenzen der Abgabe-Politik. Im Hinblick auf die Strommarktöffnung muss die Frage der Wasserzinsen nochmals ins Spiel gebracht werden.

Die Schweizer Industrie zahlt die höchsten Strompreise (die Abgaben machen dabei 25 Prozent aus). Kann sie mit der Marktöffnung mit günstigeren Angeboten rechnen?

Die Industrie profitiert in den meisten Fällen bereits heute vom Öffnungsdruck, indem sie vom angestammten Lieferanten zu deutlich besseren Konditionen beliefert wird. Im Gegenzug werden mittel- und längerfristige Abnahmeverträge abgeschlossen. Bei tatsächlich eintretender Marktöffnung beziehungsweise nach Ablauf der individuellen Verträge werden die dann aktuellen Marktpreise gelten, unabhängig davon, welche Konditionen vorher vereinbart waren. Ob dann die Strompreise für alle automatisch sinken werden, ist eine andere Frage. In den Preisverhandlungen ist jedenfalls der Flinkere immer auch der Geschwindere. Für die Kleinkunden bestehen ebenfalls bereits heute Möglichkeiten zu Entlastung, indem die Gemeindewerke die Abgaben der EWs an die öffentliche Hand und die Quersubventionen zugunsten anderer Infrastrukturen abbauen.

Wie verträgt unsere einheimische Stromproduktion die mögliche Flut von Billigstrom?

Schlecht! Die «Flut von Billigstrom» ist einerseits eine Frage des Systems und andererseits des Konjunkturverlaufs in ganz Europa sowie des wirtschaftlichen Wiederaufbaus in den ehemaligen Ostblockländern. In einem Verbundnetz laufen systembedingt bekanntlich eine ganze Anzahl von Grosskraftwerken synchron mit, ohne oder nur einen Teil ihrer maximalen Leistung abzugeben. Diese sogenannte Sekundenreserve gehört zur Systemdienstleistung und darf nicht als Angebot auf dem Markt in Erscheinung treten. Unsere einheimische Produktion ist, nach einer beschleunigten

Abschreibungsphase und nach Bereinigung der Abgabefragen, ebenfalls marktfähig. In diesem Zusammenhang werden sehr oft die sogenannten Vollkosten den aktuellen Spotmarktpreisen gegenübergestellt mit der Aussage, die schweizerischen Werke produzierten in jedem Fall zu teuer. Solche fragwürdigen und systematischen Desinformationskampagnen müssen korrigiert werden.

Woher wird dieser Strom kommen und wie sauber wird er sein?

Entweder aus marktfähiger einheimischer Produktion oder aus Importen. Im wesentlichen wird die elektrische Energie aus den heute bekannten, konventionellen Energiequellen stammen. «Sauberekeit» und Sicherheit müssen international harmonisiert werden. Neue erneuerbare Energien wie Sonne, Wind, Biomasse usw. spielen kurz- und mittelfristig eine untergeordnete Rolle, haben aber im freien Markt die besseren Chancen als heute.

Kann sich unser Land – trotz momentan grossem Stromangebot – den Ausstieg aus der Kernenergie leisten?

Studien im Zusammenhang mit dem Projekt «Dialog» des VSE haben gezeigt, dass eine Umstellung auf konventionelle Technik möglich ist. Dass zum Beispiel punkto Emissionen schwerwiegende Nachteile eingehandelt werden, liegt auf der Hand. Ein forciertes Ausstieg oder eine politisch begrenzte Lebensdauer der Kernkraftwerke macht aus heutiger Sicht keinen Sinn. Im übrigen wird die Frage der Kernenergie nicht in der Schweiz entschieden. Beim heutigen Bevölkerungswachstum wird man global gesehen auf die Nutzung der Kernenergie kaum verzichten können. Eine politisch-ideologisch bedingte Verabschiedung der Schweiz aus der Kernenergie-technik wäre deshalb ein strategischer Fehler. Solche Fehler sind – wenn überhaupt – nur mit enormem Aufwand wieder gutzumachen. Aus diesem Grund muss in der Schweiz die Option Kernenergie für die nachfolgenden Generationen offengehalten werden.

Herr David, wir danken Ihnen und wünschen Ihnen viel Erfolg als Präsident der AVES St. Gallen.

Ihnen und Ihrer Familie wünschen wir alles Gute, Gesundheit und Erfolg im neuen Jahr. Mit der Energieabstimmung vom September des Jahres 2000 wird die AVES ganz besonders gefordert sein.

Ständerat Maximilian Reimann
Präsident
und der ganze Vorstand

AVES Winterthur:

Die Liberalisierung des Strommarktes

Die AVES Sektion Winterthur lud zu diesem öffentlichen Vortrag am 9. November 1999 ein. Das Thema brachte zirka 20 Personen, darunter den Winterthurer Stadtrat Leo Iten, in den Vortragssaal der Städtischen Werke Winterthur. Die Komplexität der unumgänglichen Öffnung des Strommarktes wurde vom Direktor der Städtischen Werke, Christian von Burg, kompetent vorgetragen.

Von Burg referierte über Liberalisierung und Deregulierung des Strommarktes in der Schweiz und in Europa sowie über die damit verbundenen Auswirkungen auf die Industrie, Privatkunden und auf die Städtischen Werke Winterthur selbst. Es scheint sicher zu sein, dass Strom billiger wird, und zwar für alle Konsumentinnen und Konsumenten. Private müssen sich vorerst gedulden, denn in einer ersten Tranche werden Grossabnehmer mit 20 GWh/Jahr und mehr berücksichtigt, in einer späteren Phase jene Verbraucher, die mit 10 GWh/Jahr zu Buche stehen, bis schliesslich im Jahr 2006 die Situation neu zu beurteilen sein wird (Marschhalt).

Dieses Vorgehen soll dazu dienen, dass sich die Anbieter wie Konsumentinnen «eingewöhnen» können. Damit würde auch die Liberalisierung des Strommarktes in der Schweiz ungefähr dem von der EU vorgesehenen Zeitplan entsprechen.

Um rechtzeitig bereit zu sein, laufen die Vorbereitungen der Städtischen Werke Winterthur, gemeinsam mit anderen Schweizer Städten (Swiss-Power City AG), betreffend Öffnung des Strommarktes bereits seit 1996.

Aldo Largo und
Jörg H. Kramer

Verweigerung ohne jede Vernunft

Was Grüne, SP und einige Umweltverbände mit ihren Initiativen, dem vierten Anlauf, damit ins Land hinauszuposaunen, ist vielleicht der Versuch eines Befreiungsschlags der Initianten, sicher kein konstruktiver Beitrag zur sachlichen Kernenergie-Debatte, die sich das Schweizer Volk vom 10jährigen Moratorium gewünscht hatte, und schon gar nicht «Energie-wende».

Schon die grossen Schwierigkeiten bei der Unterschriften-sammlung sind Indiz dafür, dass Schweizerinnen und Schweizer für Radikallösungen nicht zu haben, ja überzeugt sind, dass unser Land auch zu Beginn des neuen Jahrtausends auf die Option Kernenergie mit CO₂-freiem Strom angewiesen ist. Die Ideen der Initianten, wie 40 Prozent des schweizerischen Strombedarfs «ersetzt» werden könnten, verdienen nicht einmal den Titel Milchmädchenrechnung. Der Verzicht auf Kernenergie müsste zur Hauptsache durch

eigene fossile(!) Stromproduktion, aber auch durch importierten (fossilen und atomaren) Strom ersetzt werden.

Die verkündete «Energie-wende» der bekannten Allianz würde so tatsächlich zur Wende für unser Land; zur schlimmen Wende: Abhängigkeit vom Ausland, Schwächung des Produktionsstandortes, Schwächung der Klima- und Ökobilanz und erst noch kein Sicherheitsgewinn! Wann endlich kommen aus dieser Ecke vernünftige, allen dienende Ideen zu diesem Thema? Immerhin bleibt SP-Bundesrat Moritz Leuenberger realistisch, wenn er im Hinblick auf die Marktöffnung folgert: «Die bestehenden Kernkraftwerke sind weiter zu betreiben, solange ihre Sicherheit gewährleistet ist!» Beinahe die Hälfte unseres (wachsenden) Strombedarfs einfach wegsparen zu können, ist unrealistisch. Das schleckt keine Geiss weg, nicht einmal eine rot-grüne! ■

AVES-Medienmitteilung zu «Strom ohne Atom» und «Moratorium Plus»

Rückwärts gerichtet und ohne Perspektiven!

Mit der heutigen Einreichung der zwei Anti-Atom-Initiativen dürfte – wie die mühsam und langwierige Unterschriften-sammlung beweist – der Zenith der Anti-Atom-Bewegung in der Schweiz wohl überschritten sein. Die Aktion für vernünftige Energiepolitik (AVES) beurteilt die neuen Initiativen als rückwärts gerichtet und ohne Perspektiven. Der Zweck der Initiativen erschöpft sich in der simplen Fortsetzung des ideologischen Grabenkampfes um die Kernenergie. Die Bevölkerung wird auch diesen vierten Anlauf zum Atomausstieg ablehnen, weil damit die Lösung der Energiefrage im nächsten Jahrhundert unnötig erschwert würde.

Beide Initiativen beantworten die Frage nicht, woher der Strom kommen soll, wenn die schweizerischen Kernkraftwerke vorzeitig abgeschaltet würden. Etwa aus französischen oder osteuropäischen Kernkraftwerken? Oder doch lieber aus deutschen Stein- und Braunkohlekraftwerken oder aus neuen

Gas-Kombi-Kraftwerken? Allen erwähnten fossilen Lösungen ist gemeinsam, dass sie die CO₂-Problematik verschärfen. Die hinter den Initiativen stehenden Kreise müssen deshalb offenbaren, ob sie im Bereich der Stromerzeugung wirklich diese CO₂-Option anstreben. Oder glauben die Initianten immer noch an Solar- und Windenergie im grossen Massstab? Sind die Erfahrungen mit diesen alternativen Energien nicht so ernüchternd, dass sie in den nächsten drei bis fünf Jahrzehnten mit Sicherheit keine Lösung bringen können?

Die AVES bekräftigt ihren Standpunkt, dass die schweizerischen Kernkraftwerke ihren Betrieb aufrechterhalten sollen, solange ihre Sicherheit gewährleistet ist. Es liegt im Interesse nicht zuletzt der jüngeren Generation, dass die Option Kernenergie offengehalten wird und die damit zusammenhängende Ausbildung, Forschung und Entwicklung weitergeführt wird. Aktion für vernünftige Energiepolitik (AVES)

Besuch im Kernkraftwerk Beznau

Es ist bei der AVES Winterthur mittlerweile zur Tradition geworden, einmal im Jahr ein schweizerisches Kernkraftwerk zu besichtigen. So galt der diesjährige Besuch vom 25. September 1999 dem Kernkraftwerk Beznau, dessen Block 1 1969 in Betrieb genommen wurde. Es ist das älteste AKW der Schweiz und voll im Besitz der Nordostschweizerischen Kraftwerke AG NOK. Dass auch diese alten Anlagen den modernen Ansprüchen nach Sicherheit und Verfügbarkeit genügen, zeigte die Tatsache, dass nach 1993 beim Block 1 nun auch beim Block 2 die beiden Dampferzeuger ersetzt worden sind. In einem kurzen Videofilm konnte ein Eindruck von der Komplexität dieses Vorgangs, vom Transport des 200 Tonnen schweren Behälters per Schiff und auf der Strasse bis zum Einbau ins Reaktorgebäude, gewonnen werden. Nach nur 44 Tagen war dieser Austausch vollzogen; dem jedoch war eine zweijährige minutiöse Planungsarbeit vorausgegangen.

In Bezug auf die Entsorgung der nuklearen Abfälle ist auf dem KKB-Areal je ein Gebäude für die Zwischenlagerung von hoch- und schwachradioaktiven Abfällen errichtet worden. Während schwachradioaktive Abfälle, säuberlich in Fässer verschlossen, bereits in einem der beiden Gebäude lagern, welches Platz für Abfälle aus 30 Jahren Betrieb liefert, wird das andere vorderhand als Lagerplatz für die beiden ausgebauten Dampferzeuger benützt, bis ein Bedarf für die eigentliche Nutzung besteht.

Nach einer kompetenten Einführung in die Funktionsweise

des mit einem Druckwasserreaktor ausgerüsteten Kraftwerkes führte Herr Paul Reiser vom KKB die Gruppe durch die Anlage. Der Rundgang begann bei den Kondensatoren, welche in diesem Sommer mit neuen Rohren aus korrosionsbeständigem Titanmaterial bestückt worden sind. Einige Treppen höher konnte der Maschinenraum mit Hoch- und Niederdruckturbinen und dem Generator besichtigt werden, wobei Block 1 in Betrieb war und 378 MW elektrische Leistung produzierte und bei Block 2 Revisionsarbeiten vorgenommen wurden. Der Rundgang endete dann vor dem Kommandoraum, in welchem die Reaktoroperateure hinter Panzerglasscheiben ihre verantwortungsvolle Arbeit des Anlagenbetriebes ausüben. Um das Wissen der Operateure und Schichtführer immer auf dem neuesten Stand zu halten, wird jeder einmal im Jahr zum Simulatortraining beim Reaktorhersteller Westinghouse USA geschickt.

Die kommende Liberalisierung des Strompreises zwingt auch die Betreiber der Anlage Beznau dazu, ihre Stromgestehungskosten von heute zirka 6 Rp./KWh zukünftig auf unter 5 Rp./KWh zu senken. Wie dies erreicht werden kann, ist wohl momentan eine der grössten Herausforderungen an die NOK.

Nach dem Rundgang war die Gruppe in der Kantine von der NOK noch zu einem Imbiss eingeladen, bei welchem das Erlebte und Gesehene noch einmal angeregt diskutiert werden konnte.

C. Henry

Neue Publikums-Broschüre «Kernenergie»

Die Broschüre der Schweizerischen Vereinigung für Atomenergie (SVA) beantwortet die wichtigsten Fragen zur Kernenergie. Verständlich verfasst, richtet sie sich an Medienschaffende, Politikerinnen und Politiker, Lehrerschaft, Schülerinnen und Schüler, Studierende und an alle, die sich mit dem Thema auseinandersetzen. Viel Wert wurde

darauf gelegt, anschaulich zu zeigen, wie aus Uran Elektrizität entsteht. Sicherheit, Umweltauswirkungen, radioaktive Abfälle sowie die Wirtschaftlichkeit der nuklearen Stromerzeugung werden eingehend behandelt.

Die Broschüre kann bei der SVA, Postfach 5032, 3001 Bern, Telefon 031-320 65 25 bestellt werden. ■

Präsident/Président/Presidente

Maximilian Reimann,
Ständerat, Dr. iur., 5073 Gipf-Oberfrick

Vizepräsident/Vice-président/Vicepresidente

Konrad Studerus, Kantonsrat, lic. iur., 6313 Edlibach
Peter Kofmel, Nationalrat, 4707 Deitingen

Beisitzer/Assesseurs/Assessori

Hans Baltisser, Kantonsrat, Bauing., 8596 Scherzingen
Johann Rudolf Gunzenhauser, Ingenieur, 4450 Sissach
Eric Weber, Ing. ETS, 1400 Yverdon
Jörg H. Krammer, Ingenieur, 8544 Rickenbach
Robert Desponds, Ingénieur, 1815 Clarens
Walter E. Böhlen, Grossrat, 5443 Niederrohrdorf

Redaktion/Rédaction/Redazione

Bruno Fäh, Sekretariat AVES Schweiz
Bahnhofplatz 9, Postfach 7674, 8023 Zürich
Telefon 01-212 40 90, Fax 01-212 65 69

www.aves.ch

Druck/Imprimerie/Tipografia

Victor Hotz AG, Steinhausen

Erscheint vierteljährlich

Redaktionsschluss für die Ausgabe vom
März 2000 ist der 25. Februar 2000

Podiumsveranstaltung in Gossau:

Energiepolitik – Ende der Weisheit oder Neuanfang?

Im Herbst 2000 finden in unserem Land wichtige energiepolitische Abstimmungen statt. Eine überparteiliche Veranstaltung vom Montag, 10. Januar 2000, 19 Uhr, im Hotel «Sonne» Gossau SG befasst sich mit den vier Energievorlagen, die im September 2000 zur Abstimmung gelangen.

Nach Ablauf des 10jährigen Moratoriums für den Bau neuer Kernkraftwerke und nach Ablauf des Impulsprogrammes «Energie 2000» des Bundes kommt Bewegung in die schweizerische Energieszene. Auf Bundesebene bereits eingeführt sind «Energiegesetz» und «CO₂-Gesetz».

Die Teilnehmer dieses interessanten Podiumsgesprächs unter Leitung von CVP-Kantonsrat Hugo Seiz sind:

Gallus Cadonau, Greina-Stiftung Zürich
Hans-Werner Widrig, Nationalrat CVP, Bad Ragaz
Stefan Schmid, Kantonsrat SP, Gossau
Mario David, Kantonsratskandidat CVP, Engelburg

Diese informative und interessante Podiumsveranstaltung – organisiert von der CVP Bezirk Gossau – bietet auch Gelegenheit, den Teilnehmern kritische Fragen zu stellen. Sie sind freundlich eingeladen.

Finnland plant weiteres Kernkraftwerk

Das neu gewählte finnische Parlament denkt ernsthaft über den Bau eines neuen Kernkraftwerks nach. Dies, weil nach 2005 eine Versorgungslücke entstehen werde. Aus Umwelt- und Landschaftsschutzgründen (CO₂-Problematik und Kyoto-Verpflichtung) will Finnland auf den Mehreinsatz von Kohle und Wasserkraft verzichten. Darum kommen nur Kernkraft oder Gas (via Pipeline aus Russland) in Frage. Für einen fünften Reaktor in Finnland spricht namentlich die industrielle Notwendigkeit

und die Aussicht auf zusätzliche Arbeitsplätze. Heute erzeugen die vier Kernkraftwerke über 27 Prozent Strom, die Wasserkraft 19,1 Prozent. Fast ein Drittel des finnischen Stroms stammt aus Kombi-Heiz-Kraftwerken und 8,5 Prozent aus Kondenskraftwerken. Obwohl die Windenergie in den letzten Jahren sehr stark ausgebaut wurde, liefert sie lediglich 0,03 Prozent Strom. 12,2 Prozent seines Strombedarfes muss Finnland aus Schweden und Norwegen importieren. ■

Treffpunkt Energie:

Energieforum Schweiz am neuen Domizil

Der «Treffpunkt Energie» ist innerhalb der Berner City umgezogen. Ab sofort ist das Energieforum-Team Jürg E. Bartlome, Christopher Stahel, Käthy Jordy und Elsbeth Sigrist wie folgt zu erreichen:

Treffpunkt Energie
Monbijoustrasse 16, 3011 Bern

Postadresse:
Energieforum Schweiz
Postfach 6021, 3001 Bern

Telefon 031-388 82 82
Fax 031-388 82 88

E-Mail: forum energie-energy.ch
Internet: www.energie-energy.ch

Französische Ärzte für Atomenergie

«Die Gesundheitsrisiken der Nutzung der Atomenergie müssen mit denjenigen der Nutzung anderer Energieformen verglichen werden ... In diesem Zusammenhang erscheint die Nutzung der Atomenergie als eine der umweltfreundlichsten Produktionsweisen elektrischer Energie, die die geringsten Auswirkungen auf die Gesundheit hat.» Dies versichert die Französische Medizinische Akademie in ihrem Papier «Atomenergie und Gesundheit». Weiter hält sie fest, dass es keine biologischen oder medizinischen Gründe gebe, die Grenzwerte für die radioaktive Strahlendosis, denen Personen ausgesetzt werden dürfen, herabzusetzen, wie dies die EU vorsieht. ■

AVES-Regionalgruppen

AVES Aargau
Postfach 11, 5430 Wettingen

AVES Bern
Postfach 103, 3000 Bern 6

AVES Region Basel
Postfach 251, 4450 Sissach

AVES Glarus
Postfach 124, 8867 Niederurnen

AVES Graubünden, Dr. Theo Portmann
Alexanderstrasse 1, 7000 Chur

AVES Luzern
Postfach 6155, 6000 Luzern 6

AVES Nidwalden
Postfach 1004, 6371 Stans

AVES Schaffhausen
Villenstrasse 8, 8200 Schaffhausen

ASE Solothurn
Postfach 130, 4504 Solothurn

AVES Münsterlingen TG
Postfach 146, 8596 Münsterlingen

ASPER Ticino
Casella postale 24, 6948 Porza

AVES Uri
M. Zgraggen, Hellgasse 63, 6460 Altdorf

AVES Oberwallis
Postfach 281, 3930 Visp

AVES Zug
Postfach 1342, 6301 Zug

AVES Pfannenstil ZH
Postfach, 8713 Uerikon

AVES Winterthur
Postfach 1243, 8401 Winterthur

Forum Energie Bienne-Région FBR
Case postale 577, 2501 Bienne

ADE Genève
Ph. Wiblè, 8, rue du Temple, 1236 Cartigny

APPER Est-Vaudois
Dr. Eric Rochat, 1806 St-Légier

ARBRE Moudon
Case postale 3, 1510 Moudon